

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. Eingetragen in die Postverzeichnisse Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3gepalt. Zeile. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postfachkonto: Nr. 358 15 Postfachamt Hannover.

Verlag von A. Brey. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Freitag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Hans Lawrenz, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, II. — Fernsprech-Anschluss 5 22 81.

Die erste Konferenz des Keramischen Bundes.

Am 12. Juni tagte in Leipzig im Volkshaus die erste Bundeskonferenz des im Fabrikarbeiterverband wirkenden Keramischen Bundes. Der Bundestagung selbst gingen am 11. Juni die Tagungen der im Bunde vereinigten drei Gruppen: Feinkeramik, Glas und Grobkeramik voraus. In den einzelnen Branchenkonferenzen wurden die speziellen Branchenanliegenheiten erörtert, während die Bundeskonferenz den Gesamtbericht über die drei Gruppen entgegennahm und Beschlüsse fasste, die das Gesamtinteresse des Bundes und der Gesamtorganisation betreffen. Im folgenden geben wir einen gedrängten Überblick über die einzelnen Tagungen:

Gruppe Feinkeramik.

Den Bericht erstattet der Kollege Apel. Die Verschmelzung hat sich gut ausgewirkt. Die planmäßige Agitation wurde gefördert. Auf dem Gebiete der Lohnbewegungen sind Erfolge auf der ganzen Linie erzielt worden. Die von manchen Unternehmern geplante Verlängerung der Arbeitszeit wurde abgewehrt, die Bewegungen wurden mit großer Disziplin durchgeführt, auch für die Feinarbeiter sind einige Verbesserungen durchgeführt trotz der unzulänglichen Organisation. Ebenso wurde für die Lehrkräfte ein gutes Ergebnis erzielt. Leider mangelte die Tischlerei-berufsgenossenschaft eine Zunahme der Unfälle. Wir haben uns für die durch Staub gesundheitlich gefährdeten Berufskollegen und -kolleginnen verwendet und durch eine Eingabe Anerkennung der Staublunge als Unfall gefordert. Außerdem haben wir die Unterstellung dieser gefährdeten Arbeiterkategorie unter § 7 der Arbeitszeitverordnung gefordert. — Der Kollege Karl berichtet über erfreuliche Erfolge in unserem Tarifwesen. Vor und im Jahre 1928 mußten sich unsere Kolleginnen Lohnabzüge und Urlaubsminderungen gefallen lassen. 1927 war es anders, wenn auch immer noch nicht die volle Bemerkung der Arbeitskraft zu verzeichnen ist. Verlorenes wurde zurückgeholt, neben Verbesserung der Löhne und Arbeitszeit. Bezüglich der Überarbeit wurden Verbesserungen geschaffen, sowohl in bezug auf die Zahl der Überstunden, den Turnus, wie auch auf deren Bezahlung. Die tarifliche Schwelgerei, die die Arbeiter in den Urlaub, wie auch der Werktag, haben eine günstigere Regelung erfahren. Für Feinarbeiterfrage bemerke ich, daß es besser ist, die Feinarbeiter an den Tarif zu fesseln als sie den Fachauschüssen zu überlassen. Wir können auch die Arbeiterräte und die Preis-Kommissionen zu ihren Gunsten mobil machen. Im allgemeinen muß unser Grundsatz sein, bei allen Lohnbewegungen in erster Linie die schlecht Entlohnerten emporzubringen. — Die Galleiter gaben zu den beiden Berichten entsprechende Ergänzungen. — Eine umfangreiche Diskussion setzte sich über einige aus Jahrestellen an den Verbandstag gerichtete Anträge, die durch Sonderleistungen dem Keramischen Bund zugestandene Selbständigkeit einzuschränken beabsichtigten, doch konnte der Kollege Apel in seinem Schlusswort die Einmütigkeit der Anwesenden in allen Fragen feststellen. In der Tagung nahmen die Kollegen Palm und Becker vom tschechoslowakischen Porzellanarbeiterverband teil. Angenommen wurde folgende Resolution:

Die am 11. Juni 1928 im Volkshaus in Leipzig tagende erste Reichskonferenz der Branche Feinkeramik bekundet der Zentralbranchenleitung und den branchenkundigen Galleitern nach Entgegennahme des Tätigkeitsberichtes und eines Vortrages über das Tarifwesen ihre volle Anerkennung über Tätigkeit und Verhalten. Ebenso spricht sie den tätig gewesenen Verhandlungskommissionen ihre Anerkennung aus.

Die Konferenz erwartet von der Zentralbranchenleitung und den Galleitern die Entfaltung ihrer Tätigkeit in Zukunft in gleicher Richtung und Art und verpflichtet alle Mitglieder, insbesondere aber die in den Jahrestellen und Betrieben tätigen Funktionäre und Vertrauensleute zur eifrigsten Mitarbeit.

Gruppe Glas.

Bereits in der Begrüßung der Delegierten konnte der Zentralbranchenleiter Kollege Gierbig mit Recht betonen, daß der vor zwei Jahren auf der Oberrhein Generalversammlung gefasste Beschluß ein glücklicher gewesen ist und heute über einen recht erfreulichen Ausweg berichtet werden kann.

In seinem Bericht behandelte Kollege Gierbig die organisatorische und wirtschaftliche Entwicklung der vergangenen zwei Jahre. Die Zusammenarbeit der einzelnen Branchen im Bunde wie die zwischen Keramischen Bund und Hauptvorstand war eine kollegiale und von gegenseitigem Vertrauen getragen. So war es auch möglich, daß aufgetretene Meinungsverschiedenheiten eine Erledigung erfahren konnten, wie sie im Interesse der Organisation notwendig waren. Den besten Beweis für das große Vertrauen der Glasarbeiter zu ihrer Organisation findet man in der erfreulichen stetigen Zunahme an Mitgliedern. Kollege Gierbig gab dem Wunsche Ausdruck, daß wir am Jahreschluss 1928 die Mitgliederzahl von 60 000 aufweisen können.

Große Aufgaben gibt es auf dem Gebiete der Tarifpolitik zu lösen, um für unsere Kollegen erträgliche Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen. In 143 Lohnbewegungen mit 1238 Betrieben und 99 033 Beteiligten konnten recht erfreuliche Fortschritte trotz aller Gegenmaßnahmen der Industriellen erzielt werden. Besonders schwierig gestalteten sich die Verhältnisse in der Tafelglasindustrie, weil hier die technische Entwicklung die bisherigen Arbeitsmethoden beseitigt und ein erheblicher Teil der Kollegen der Arbeitslosigkeit anheimfällt. Diese Gelegenheit sollte zu Lohnabnahmemaßnahmen seitens der Arbeitgeber dienen und es gilt alle Kräfte anzuspinnen, nicht einen Lohnabbau hinnehmen zu müssen, sondern einen Lohnaufbau zu erreichen.

In der Weißhohlglasindustrie galt es an Stelle der bisherigen Zerplitterung zu einem einheitlichen Tarifvertrage für alle Gruppen zu kommen, desgl. in der Flaschen- und Facettenindustrie. Während bei den beiden ersteren dies gelang, konnte in letzterer nur zu einem Teile dies Ziel der Verwirklichung entgegengeführt werden.

Ferner zeigte Kollege Gierbig, welche umfangreiche Arbeiten notwendig auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes waren, der sozialen

Fürsorge unter besonderer Berücksichtigung der Gewährung der Kranksfürsorge, wie auch hinsichtlich unserer internationalen Beziehungen.

In der regen und sachlich geführten Diskussion wurde von allen Seiten anerkannt, daß die verschiedentlich geäußerten Befürchtungen der Benachteiligung der Kollegen in einer großen Organisation nicht eingetreten sind. Niemand denke heute daran, von den in der Protokollnotiz gemachten Vorbehalten einer Rückgängigmachung der Verschmelzung Gebrauch zu machen. Der Vorsitzende des Fabrikarbeiterverbandes, Kollege Thiemig, erklärte, daß der Vorstand nicht daran denke, an den statutarisch festgelegten Bestimmungen ohne Zustimmung des Keramischen Bundes zu

Ein neues Bekenntnis zur Arbeit!
starker Antrieb zu neuer, hoffnungsvoller Arbeit soll von unserem Verbandstag ausgehen. Eine machtvolle Kundgebung für den gewerkschaftsgebundenen soll er sein. Für jeden Teilnehmer des Verbandstages muß er ein Erlebnis sein, das ihn in seinem Glauben an die Kraft und an die Größe der Arbeiterbewegung bestärkt und ihn zu neuer freudiger Mitarbeit begeistert. Und dieses Erlebnis muß sich äußern in einem zu dem unerschütterlichen Glauben an den endlichen Erfolg der gewerkschaftlichen Arbeit. Schon auf dem Verbandstage selbst bietet sich den Kollegen Gelegenheit genug
Mitarbeit. Schon dort kann jeder Teilnehmer nach besten Kräften sich in den Dienst der großen Sache stellen, die unsere Organisation vertritt. Aber damit allein ist es nicht getan. Wer in der gewerkschaftlichen Arbeit Erfolge sehen will, darf nicht nur einen Tag von der großen Idee erfüllt sein. Immer und händer wieder muß der Eifer in ihm lebendig sein, seinen Klassengenossen zu helfen. Und verloren und beklagenswert ist jeder Tag, an dem wir nicht irgend etwas für unsere Ideale tun und schaffen. Also mit neuem Glauben und neuen Kräften an die Arbeit!

rütteln und wünscht, daß die Entwicklung weiter einen erfreulichen Verlauf nehmen möge.

Ebenso beglückwünscht der Vertreter der tschechoslowakischen Glasarbeiter den Keramischen Bund zu den erreichten Erfolgen, betonend, daß man nirgends besser den großen Wert und die Bedeutung geschlossener Organisationen erkannt habe als in seinem Lande.

Im weiteren Verlauf der Konferenz berichtet Kollege Grängel über die Bemühungen zur Regelung der Arbeitszeit in den Glasbetrieben, Kollege Krebs über die Mechanisierung der Glasherstellung, wobei er zeigte, in welchem raschem Tempo die Maschine in allen Zweigen der Industrie Einzug hält. Mit größter Aufmerksamkeit müssen wir diese Entwicklung verfolgen und Sorge tragen, daß die Maschine nicht eine Verschlechterung, sondern eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für unsere Kollegen bringt.

Einmütig wird der bisherige Branchenleiter Kollege Grängel an Stelle des ausscheidenden Kollegen Wollmann zum Vorsitzenden des Keramischen Bundes in Vorschlag gebracht.

Nach Erörterung verschiedener Branchenanliegenheiten schloß Kollege Gierbig die Konferenz.

Gruppe Grobkeramik.

41 gewählte Vertreter, dazu die Zentralbranchenleitung, Branchenleiter und Vertreter des Hauptvorstandes hatten sich als Vertretung der Gruppe Grobkeramik in Leipzig eingefunden. Es wurde Bericht erstattet über die Erfolge und anfänglichen Schwierigkeiten, mit denen die Gruppe Grobkeramik zu kämpfen hatte. Das Zusammenkommen einer gewerkschaftlichen Gruppe mit fast nur ungelernen Arbeitern mit reinen Berufsorganisationen mit langjähriger Tradition habe bei manchem den Gedanken ankommen lassen, ob dies Experiment der Verschmelzung wohl gelingen wird? Es muß gesagt werden, daß das Experiment gelungen ist. Die Mitgliederzahl der Gruppe Grobkeramik stieg von August 1926 (Beginn der Verschmelzung) bis zum Frühjahr 1928 bis auf rund 94 000; zur Zeit werden wohl die Hunderttausend überschritten sein. Und

dabei ist gerade in der Gruppe Grobkeramik noch ein sehr großes Agitationsfeld.

Die Zusammenarbeit mit den Gruppen Glas und Porzellan trug zum gegenseitigen Verstehen und Kennenlernen der wirtschaftlichen Eigenarten und der wirtschaftlichen und betriebl. Verhältnisse der keramischen Industrien bei. Die Gruppe Grobkeramik bildete in organisatorischer Beziehung die Brücke zwischen Hauptvorstand und hinzugekommenen Organisationen. Durch die Verschmelzung haben beide, Fabrikarbeiterverband als Gesamtorganisation und auch die hinzugekommenen Organisationen der Glas- und Porzellanarbeiter, gewonnen.

In der Lohn- und Tarifbewegung muß man eine stetige Aufwärtsentwicklung seit 1928 feststellen. Eine Lohnerhöhung von 8 bis 20 Prozent in der Zement-Industrie konnte in diesem Frühjahr erreicht werden, wenn auch in vielen Fällen mit Hilfe des letzten gewerkschaftlichen Kampfmittels und der staatlichen Schlichtungsinstanzen. Zu einer Beseitigung des Schlichtungswesens kann man unter den heutigen Wirtschafts- und Organisationsverhältnissen noch nicht kommen. Haben wir eine hundertprozentig organisierte Arbeiterschaft, läßt sich anders über diese Frage reden.

Die Löhne in der Ziegel- und auch in der Kalk-Industrie können sich, mit Ausnahme von Ostpreußen, mit den Löhnen anderer Berufsgruppen im Reiche messen.

Von ungeheurer Schwierigkeit war es, einen Ausgleich für die Lohnminderung bei Einführung der dreigeteilten Schicht in der Zement-Industrie zu schaffen. Vielfach wird es der Organisation erschwert, durch Abschluß von Werkverträgen seitens einiger Belegschaften mit den Unternehmern oder durch Gründung von gelben Gewerkschaften (Werksovereinen) seitens der Unternehmer, die getroffenen tariflichen Abmachungen zur Durchführung zu bringen. Resultat aus diesen Vorgängen ist die Austragung dieser Tarifstreitigkeiten vor den Schlichtungsinstanzen.

Die Vielgestaltigkeit der Lohn- und Manteltarifverträge sowie auch die sehr große Zahl — haben wir doch in den gesamten Industrien der Steine und Erden über 250 Manteltarif- und über 320 Lohnverträge — stellt uns vor die dringende Aufgabe, Reichstarifverträge zu schaffen. Auch in dieser Beziehung sind schon Fortschritte zu verzeichnen, ist es doch gelungen, in einigen Betrieben Reichstameltarifverträge zu schaffen. Leider wird nicht immer von den Kollegen dieser Frage das nötige Verständnis entgegengebracht. Die Zentralbranchenleitung erhielt den Auftrag alle Vorbereitungen zur Schaffung von Reichstarifverträgen zu treffen. Vor der Einklebung wird in Branchenkonferenzen zu den zu ergreifenden Maßnahmen Stellung genommen werden.

Aber nicht nur die tariflichen, sondern auch die wirtschaftlichen Änderungen in der Industrie Steine und Erden bedingen die Schaffung von Reichstverträgen. Die Syndizierung in der Zement-Industrie, Bildung von Verkaufsvereinigungen und sonstigen monopolartigen Gebilden in der Ziegel- und anderen Gruppen der Baustoff-Industrie zwingen uns, Reichstarife zu schaffen. Durch diese Gebilde sind die Unternehmen in der Lage, Produktion und Absatz über ganze Reich bei irgendwelchen Maßnahmen — wie der letzte Zementarbeiterstreik in Rheinland-Westfalen beweist — zu verlegen. Nur verstehen es die Unternehmer, diese Vereinigungen als tarifunfähig gelten zu lassen. Die Gesetzgebung muß hierin Wandel schaffen, denn die Maßnahmen dieser Gebilde wirken sich sozialpolitisch aus.

Auch organisatorisch ist Vorarbeit zur Schaffung von einheitlichen Tarifen zu erstreben. Es muß darauf geachtet werden, daß nicht zuständige Organisationen in der Industrie der Steine und Erden ihre Mitglieder an uns als zuständig abzugeben haben. Zu verlangen ist, daß die getroffenen Vereinbarungen mit anderen Organisationen von diesen auch inne gehalten werden.

Über die Stellungnahme der Gruppe Grobkeramik zu den Anträgen, die zur Bundeskonferenz gestellt waren, wurde volle Einmütigkeit erzielt.

Die Bundeskonferenz.

Der Bundesleiter Kollege Wollmann eröffnet am 12. Juni, vormittags 10 Uhr, die Tagung. Die Tagesordnung lautet:

1. Bericht der Bundesleitung, des Redakteurs.
2. Anträge in Bundesangelegenheiten.
3. Wahlen: a) des Bundesvorsitzenden, b) eines Vorsitzenden für den Gesamtverband, c) Ersatzwahlen.

In der Tagung nahmen 135 Delegierte aus den Betrieben, vom Bundesvorstand, Hauptvorstand, von den Zentralbranchenleitungen und von den Galleitungen teil, außerdem ein Vertreter der Jahrestelle Leipzig und sechs Vertreter von Bruderverbänden der Tschechoslowakei, zusammen also 142. Die Konferenz wählt sich folgendes Bureau: Als Vorsitzende die Kollegen Wollmann, Gierbig und Eizner, als Schriftführer die Kollegen Schlaube (Magdeburg), Langfeller (Freiberg), Gruschke (Kottbus), Bügener (Dortmund), Jordan (Fulda) und Meinhardt (Kafka). In Punkt 1 der Tagesordnung führt der Kollege Wollmann im wesentlichen aus: Das Gesamtergebnis der gestrigen Branchentagungen ist die Feststellung einer steigenden Mitgliederzahl und der Erfolge bei zahlreichen Lohnbewegungen. Sämtliche Gruppen sind an diesen Erfolgen beteiligt. Diese Tatsachen sind Beweis genug, daß wir in der gemeinsamen Arbeit besser als früher vorwärtsgekommen sind durch die neue Organisationsform. Aus dem Lande kommen Mitteilungen, daß die Mitglieder mit dem gemachten Organisationsexperiment zufrieden sind. Die Arbeit, durch den

Zusammenschluß größere Macht gegenüber dem Unternehmertum zu schaffen, ist gelungen. Die vor der Vereinigung teilweise vorhandenen Befürchtungen, wir könnten im großen Gesamtverband nicht genügend berücksichtigt werden, sind nicht eingetreten. Vorhandene Spannungen sind überwunden worden. Anträge aus Zahlstellen an den Verbandstag mit dem Ziel, die Rechte des Bundes einzuschränken, sind durch eine Erklärung des Hauptvorstandes illusorisch gemacht. Die Erklärung lautet:

Der Hauptvorstand stellt fest, daß die Verschmelzung mit dem Glas- und dem Porzellanarbeiterverband auf Grund der Sonderfassung und des Sonderstatuts rechtsgültig ist und bleibt.

Die in der Nummer 23 des „Proletariers“ verzeichneten Anträge verschiedener Zahlstellen auf Abänderung des Sonderstatutes können ohne Zustimmung des Keramischen Bundes nicht durchgeführt werden.

Der Hauptvorstand beantragt bei der Statutenberatungskommission die Ablehnung der Anträge.

Die Erklärung hat reinigend, beruhigend und einigend gewirkt. Die Erklärung hat der Vorstand aus freiem Entschluß abgegeben. Nach den bestehenden Sonderfassungen kann weder der Hauptvorstand noch der Bundesvorstand einseitig etwas ändern. Wenn trotzdem für Änderungen die Vorbedingungen gegeben sind, wird man prüfen und darüber reden, z. B. wenn das Verhältnis in der Industrie zwischen Gelehrten und Ungelernten sich geändert hat, oder wenn sich Umstellungen vollzogen haben. Ein Gewerkschafter kann sich überhaupt nicht auf den absoluten Standpunkt stellen, alles muß fließen, denn alles ist im Fluße. Von dieser Auffassung ausgehend, können wir getrost in die Zukunft schauen. Und so wollen wir, gestützt auf das gegenseitige Vertrauen gemeinsam arbeiten. Anschließend berichtet Redakteur Renninger: Die Gewerkschaften entwickeln sich immer mehr zu Machtfaktoren. Daß die Gewerkschaftspresse in dieser Entwicklung eine große Rolle spielt, ist selbstverständlich. Der „Keramische Bund“ ist das jüngste Gewerkschaftsorgan. Unsere Zeitung steht aber bezüglich ihrer Aufgabenhöhe nicht an letzter Stelle. Daß nicht alle Gruppen, für die der „Keramische Bund“ in Frage kommt, immer einverstanden sind, liegt nicht an der Redaktion, sondern an der notwendigen Einschränkung. Wenn alle Wünsche in Erfüllung gehen sollen, dann müßte der „Keramische Bund“ um ein bedenkliches umfangreicher sein. Im Jahre 1926 bei der Verschmelzung betrug die Auflage 163 500, im April 1927 bereits 175 000, im August 1927 200 000 und jetzt 220 000. Nicht ganz zufrieden bin ich mit der Mitarbeit aus den Kollegenkreisen. Insbesondere werden gemüht beachtliche Vorgänge in der Industrie oder im Organisationsleben. Vergessen wir nicht, daß das Verbandsorgan ein Nachrichtenwerk sein soll. Berichte sollen auch nicht veraltet bei der Redaktion eintreffen. Wesentlich ist, schnell, kurz und wahrheitsgemäß zu berichten. Der „Keramische Bund“ muß der geistige Ausdruck der Organisation sein, der feste Spiegel der Mitgliedschaft. Durch die Zeitung soll das Gewerkschaftswesen belebt und gefördert werden. Die Wünsche an frühere Erscheinungen des „Keramischen Bundes“ in den Zahlstellen soll so weit wie möglich erfüllt werden. Wir haben in unserem Blatt eine Abteilung „Arbeitsmarkt“. Vielleicht ist es möglich, hier auch die Gruppe „Grobkeramik“ mit einzubeziehen, mindestens so weit es sich um Spezialarbeiter handelt. Die Gruppe möge diese Frage prüfen.

In der folgenden Diskussion führt der Kollege Thiemig aus, daß die vom Hauptvorstand vorgelegte Erklärung Garantie für seine Loyalität sei. Ich erkenne an, daß der Kollege Wollmann die Verschmelzung gefördert hat. Er hat viele Hindernisse ras dem Wege geräumt. In 41 Sitzungen haben wir das Werk der Gesamtorganisation geschaffen. Kleine Differenzen können kein Hindernis für die Erledigung unserer großen Fragen sein. Die schon besprochenen Anträge haben kein Wohlgefallen ausgelöst. Trotzdem müssen wir den Antragstellern glauben, daß sie sich nur von dem Gedanken leiten lassen, dem Ganzen zu dienen. Ich glaube sogar, daß wir weniger Differenzen haben würden, wenn Hauptvorstand und Bundesleitung ihren Sitz an einem Orte hätten. Deshalb braucht die Selbständigkeit des Bundes gar nicht angefaßt zu werden. Für unsere Loyalität zeugt das Verhalten des Hauptvorstandes bei den ausgeschriebenen Wahlen zum Gewerkschaftskongress. Wir haben dem Bund unaufgefordert eine bestimmte Zahl von Vertretern gesichert. Ich will Ihnen aber auch sagen, daß seit der Verschmelzung schon allerlei geändert worden ist am status quo. Zum Beispiel Verlegung von Geschäftsstellen. Wir haben neue Bezirkszahlstellen gebildet. Und wir haben uns mit dem Keramischen Bund immer gut geeinigt. Ich glaube, es besteht kein Streit darüber, daß wir der gewerkschaftlichen Entwicklung die Wege ebnen wollen.

Müller (Hauptvorstand): Wollmann sagte bezüglich der Verschmelzung die Porzellanarbeiter hatten Zeit. Das könnte so aufgefaßt werden, als hätte der Glasarbeiterverband gedrängt, daß die Verschmelzung schnell zustande käme, weil der Glasarbeiterverband vor großen Kämpfen stand. Diese Art der Darstellung muß korrigiert werden. Ich betone, daß an der Darstellung vom letzten Verbandstag besagt, daß die Glasarbeiter einen Anstoß an den Fabrikarbeiterverband nicht vorzugehen werden, wenn der Porzellanarbeiterverband der Verschmelzung nicht zustimmt. Wir wollten nicht wieder in eine Falle geraten wie beim Banarbeiterverband.

Hall (Stuttgart): Ich habe von meinen Zieglerkollegen den Auftrag erhalten, zu sagen, daß mit dem Verbandsorgan Mißbrauch im Interesse einer politischen Partei nicht getrieben werden darf.

Wollmann (Schlußwort): Ich freue mich über die Aberkennung in den Darlegungen von Thiemig und mir. Dem Kollegen Müller gegenüber bemerke ich, daß in den Verhandlungen die von mir erwähnte Bemerkung geäußert worden

ist. Fragen Sie den Kollegen Grünzel. Es hat mir ferngelegen, den Kollegen vom Glasarbeiterverband zu nahe zu treten. Gedrängt zur Verschmelzung haben alle, auch die Porzellanarbeiter.

Hierauf wird über die gedruckt vorliegenden Anträge entschieden: Anträge, die eine bessere Berichterstattung über Tarifverhandlungen fordern, werden den Zentralbranchensektionen überwiesen. Ein Antrag, dahin zu wirken, daß den Versicherten in der Invalidenversicherung mehr Einfluß gewährt wird, wurde dem Hauptvorstand überwiesen. Ein Antrag, eine Erweiterung der Kasseier zu erstreben, wurde angenommen. Anträge, die auf Änderung der jetzigen Bundesfassungen hinführen, wurden zurückgezogen. Die übrigen Anträge wurden abgelehnt. Hierauf wurden die erforderlichen Wahlen vorgenommen. An Stelle des von seinem Posten als Bundesvorsitzenden infolge Krankheit und hohen Alters zurücktretenden Kollegen Wollmann, wird der Kollege Grünzel als 1. Bundesvorsitzender, der Kollege Elzner als Stellvertreter gewählt. Als Vorsitzenden beim Hauptvorstand wählte die Konferenz den Kollegen Karl. An die



Der Arbeiter ist zum Arbeiten und, was noch wichtiger ist, zum Dienen geboren. So sagen die Besitzenden, um zu beweisen, daß der Mensch durch die natürliche Ordnung der Dinge zum Sklaven bestimmt worden sei. Das ist aber nicht so. Die Natur hat den Menschen nicht als einen Sklaven anderer erschaffen. Jeder Mensch ist dem anderen Menschen gegenüber mit der gleichen Freiheit ausgestattet. Daß er heute nicht mehr frei ist, verdankt er nur der gesellschaftlichen Ordnung; die hat der Mensch sich selbst geschaffen.

und die kann er dann auch selbst wieder schaffen, wenn sie zu drückend auf ihm lastet. Dann wird er die künstliche Ungleichheit in der menschlichen Gesellschaft beseitigen, und diese menschliche Gesellschaft ist dann zur menschlichen Gemeinschaft geworden, in der jeder gleichberechtigt und gleichverpflichtet neben dem anderen lebt. Jeder einzelne Mensch ist dann frei und seine Freiheit findet ihre Grenzen nur in der Freiheit des anderen Menschen.



Stelle des Kollegen Grünzel wählt die Konferenz den Gauleiter Bulke (Dresden) und an die Stelle Karls den Geschäftsführer Mierische (Dresden). Girbig würdigt dann kurz die in kameradschaftlichem Geiste geführten Verhandlungen der Konferenzen. Einer unserer besten, unser Ältester scheidet aus seinem Dienst. Wir zollen ihm höchsten Dank und höchste Anerkennung für sein Arbeiten im Dienste der Organisation. Mit Fleiß, Energie und Wärme hat er gewirkt. Wir wünschen ihm einen langen, ruhigen Lebensabend.

Brey stimmt ein in das Urteil über die Konferenz, die die Erwartungen erfüllt habe. Es drängt mich, dem scheidenden Kollegen Wollmann im Namen des Hauptvorstandes zu danken. Mein Versuch, Wollmann seine Rücktrittsabsicht anzusprechen, ist mir nicht geglückt. Seine Entscheidung respektieren wir. Für die Zukunft erbitten wir aber doch seinen Rat, wenn er nötig ist. Ich sehe Wollmann mit Wehmut scheiden, denn ich werde der nächste sein. Das Leben eines Arbeiterführers ist nicht immer von Sonnenschein durchglänzt. Wollmann hat mehr als ein Menschenalter im Kampfe gestanden, das muß die gebührende Würdigung finden.

Apel: Wir Porzellanarbeiter werden am schwersten durch den Abgang Wollmanns betroffen. Wir scheiden mit Schmerz und Wehmut von unserem Schorsch Wollmann. Er war beredter und letzte Vorsitzende des Porzellanarbeiterverbandes. Er war dessen Geist und Kopf. Er war uns Freund und Vater. Noch in den letzten Wochen und Tagen hat er täglich bis 16 Stunden gearbeitet, um nichts liegen zu lassen.

Elzner übermittelt für die Gruppe Grobkeramik dem scheidenden Bundesvorsitzenden Dank und Anerkennung. Er konnte am besten Gegensätze und Schärpen überbrücken.

Wollmann: Ich wünsche, ich könnte der Organisation bis zu meinem letzten Atemzuge dienen. Ich weiß, niemand hätte mich fühlen lassen, daß ich keine volle Kraft mehr bin. Aber ich weiß auch, daß an diesen Platz eine volle Kraft gehört. Seit 27 Jahren bin ich gewerkschaftlich tätig. Viel Schweres liegt hinter uns. Aber wir hatten Erfolg. Ich empfinde Stolz und Freude über das Erreichte, über das stolze Arbeiterheer von heute. (Lebhafte, langanhaltender Beifall.)

Der Kollege Girbig schloß hierauf die erste Bundeskonferenz.

12. Tagung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Am 4. Juni trat der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes im Gewerkschaftshaus in Berlin zu seiner 12. Tagung zusammen. Der Bundesvorsitzende Leipa rief zunächst den Bericht des Bundesvorstandes. Er leitete seinen Bericht ein mit eingehenden Darlegungen über die durch den Ausgang der Wahlen geschaffene politische Lage. Die Wahlen haben der Sozialdemokratie einen Zuwachs an Stimmen gebracht, der sie zu der weitläufigsten politischen Partei im Reich und in Preußen gemacht hat. Ohne sie ist die Bildung der neuen Regierung im Reich nicht möglich. In Preußen ist die Regierung Braun als Sieger aus den Wahlen hervorgegangen. Die Sozialdemokratie wird sich der großen Aufgabe, die ihr durch die Wahlen zugewiesen worden ist, nicht entziehen können. Die Gewerkschaften müssen erwarten, daß der Einfluß der Arbeiterbewegung in der künftigen Koalitionsregierung durch den Einfluß starker Persönlichkeiten nachdrücklich zur Geltung gebracht wird.

Aus seinen weiteren Mitteilungen seien im übrigen folgende Punkte hervorgehoben: Die nächste Tagung des Bundesauschusses soll, wie bereits in Aussicht genommen, in Köln stattfinden, und zwar am 29. Juni d. J. Die Tagung soll zugleich den Bundesvertretern Gelegenheit geben, die Presse und insbesondere die eigene Auslieferung der Gewerkschaften und der Partei zu beschäftigen.

Es ist geplant, eine Konferenz der den Gewerkschaften nahe stehenden Gewerkschaftsbeamten einzuberufen, wie schon bisher ähnliche Konferenzen für Bankkontrolloren abgehalten worden sind. Bei dem Wettbewerb, der für den Bau der Bundeschule unter einer Reihe namhafter Architekten veranstaltet worden ist, wurde bekanntlich der Entwurf des Leiters des Bauhauses Dessau, Hannes Meyer, von dem Preisgericht am höchsten bewertet und vom Bundesvorstand angenommen. Mit der Bauausführung wird in den nächsten Wochen begonnen werden. Die Grundsteinlegung, die entsprechend der großen Bedeutung der Bundeschule für das gesamte Bildungswesen der Gewerkschaften feierlich gefeiert werden soll. Die Gewerkschaftsjugend wird an der feierlichen Veranstaltung mitwirken.

Der bisherige Bezirkssekretär des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Frankfurt a. M., Leuschner, ist von seinem Amt zurückgetreten. An seine Stelle tritt der Kollege Gröhner, bisheriger Bezirksleiter vom Zimmererverband. Auch für den Bezirk Ostpreußen ist jetzt ein besonderer Sekretär angestellt worden, Kollege Quallo, bisher Gauleiter des Holzarbeiterverbandes, wird sein Amt am 1. Juli d. J. antreten.

Im Anschluß an die Aussprache über den Bericht des Bundesvorstandes spricht Leipa rief über

die Tagesordnung des Gewerkschaftskongresses, der Anfang September d. J. in Hamburg stattfinden wird. Leipa sprach zunächst über das Hauptthema des Kongresses, das sich aus den Beratungen des Breslauer Kongresses ergibt: Die Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie. Zur Klarstellung des Begriffes, zur Unterfuchung der konkreten Fragen, die sich in diesem Zusammenhang ergeben, ist seit nahezu Jahresfrist eine besonders Kommission tätig, deren Arbeiten vor dem Abschluß stehen und im Bundesauschluß in einer späteren Sitzung vor dem Kongress zur Diskussion gestellt werden sollen.

Als zweites Thema des Kongresses schlägt der Bundesvorstand ein Referat über die Bildungsaufgaben der Gewerkschaften vor. Die großen Aufgaben, die den Gewerkschaften auf diesem Gebiet gestellt sind, sind nicht zu verkennen. Eine tiefgehende lebendige Bildungsarbeit ist zugleich das beste Mittel, wirkliche Drogenanda unter der Gewerkschaftsjugend zu betreiben. Sie ist aber überhaupt angeht die gesteigerten Ansprüche, die an die Mitwirkung der Gewerkschaften heute gestellt werden, von überragender Bedeutung für die Zukunft der Gewerkschaftsbewegung.

Als drittes Thema ist vorgesehen die Behandlung der zahlreichen Fragen, die mit der Vereinheitlichung und Selbstverwaltung in den Einrichtungen der sozialen Gesetzgebung in Zusammenhang stehen, Fragen, mit denen sich die Gewerkschaften auf ihren Tagungen schon wiederholt beschäftigt haben.

Nach kurzer Debatte wurde die vom Bundesvorstand vorgeschlagene Tagesordnung einstimmig angenommen.

Zu dem Punkt der Tagesordnung: „Die Prozeßvertretung der Gewerkschaften vor den Arbeitsgerichten“

sprach der Sekretär des Bundesvorstandes, Kollege Schulze. Die den Gewerkschaften übertragene kollektive Vertretungsbefugnis vor den Arbeitsgerichten zwingt zu einer grundsätzlichen Stellungnahme. Die Gewerkschaften haben sich für eine großzügige Abgrenzung der Arbeitsgerichtsbezirke, d. h. für nicht zu kleine Bezirke eingesetzt. Das hat eine starke Konzentration der Streitfälle bei diesen Gerichten zur Folge. Die am Streitfall beteiligten Arbeiter, insbesondere die außerhalb des Sitzes des Gerichts wohnenden, haben häufig nicht die Möglichkeit, ihr Interesse an der Prozeßführung selbst wahrzunehmen. Diese Entwidlung führt zu dem Ergebnis, daß die Bereitstellung geschulter Prozeßvertreter der Gewerkschaften an den Hauptstellen der Arbeitsgerichte und eine Konzentration der Prozeßvertretung in der Hand dieses Beauftragten der Gewerkschaften notwendig wird. Die kleinen örtlichen Arbeiterssekretariate können die täglich stärker werdende Aufgabe nicht bewältigen; ihre Mittel und Kräfte sind zu gering. Bei der Aufgabe bei den einzelnen Verbänden, dann erscheint häufig eine größere Anzahl von Vertretern verschiedener Verbände gleichzeitig beim Gericht, von denen jeder die gleiche Reise zum Gerichtsort zurücklegen muß. Das kann vermieden werden durch die Schaffung besonderer Prozeßvertretungen für größere Bezirke durch den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund. Zahlreiche Einzelfälle, die sich seit dem Inkrafttreten des Arbeitsgerichtsgesetzes täglich zutrugen, zeigen, wie unpraktisch das jetzt gebräuchliche Verfahren der Prozeßvertretung ist. Selbstverständlich ist, daß wichtige, vor allen Dingen grundsätzliche Tarifauslegungstreitigkeiten von den Beauftragten der interessierten Verbände selbst vertreten werden müssen; aber diese Streitigkeiten bilden nicht die Mehrheit der Prozeßfälle. Zweckmäßigem, die gemacht werden können, lassen den Schluß zu, daß die Vertretung der Arbeitgeberinteressen bei den Arbeitsgerichten durch die Arbeitgeberverbände bereits strenger organisiert ist als bei den Gewerkschaften. Je strenger wir die Prozeßvertretung für die Arbeiter in wenigen Händen konzentrieren, um so größer ist auch die Gefahr, daß wir Spezialisten heranbilden und zur Verfügung stellen, in deren Obhut die Interessen klagernder Arbeiter wohlwahr sind. Außerdem sind viele Gewerkschaftsangehörige Arbeitsrichter. Es führt aber zu unangenehmen Erscheinungen, wenn diese Persönlichkeiten zugleich Prozeßvollmächtigte sind und einmal in dieser und ein andermal in jener Eigenschaft auftreten. Hingegen kann die Vertretung der Interessen der Erwerbslosen aus dem Gele für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung bei den hierfür zuständigen Spruchinstanzen. Auch diese Vertretung kann einbezogen werden in eine zentrale Organisation der Interessensvertretung, auch sie muß durch Spezialisten erfolgen.

Am zweiten Tage der Bundesauschlußtagung, am 5. Juni, wandten sich die Beratungen der Frage des Bundesbeitrages zu. Der Bundeskassierer Kube begründete die Notwendigkeit einer Erhöhung der Bundesbeiträge.

Die Erörterung über die Vereinheitlichung der Prozeßvertretung wurde in die Debatte über den Bundesbeitrag einbezogen, da sich durch die Verwirklichung der von Schulze unterbreiteten Anregungen dem ADSB. und seinen Organen eine neue Aufgabe von erheblichem Ausmaß erschließen würde. Gegen die Zentralisation der Prozeßvertretung wurde u. a. eingewandt, daß viele Verbände Wert darauf legen, daß sich ihre Angehörigen an allen Stellen öffentlichen Lebens zeigen und betätigen. Andere Redner begründeten den Gedanken der Vereinheitlichung der Prozeßvertretung im

zur unfallbringenden Tätigkeit nicht mehr bestehen (Entscheidung des R.V. vom 6. 10. 26).

Es ist Sache der verletzten Versicherten, sich in jedem Falle darum zu kümmern, ob ihr Unfall als entschädigungspflichtig zu gelten hat oder nicht.

Die Reform der Krankenversicherung.

Der neue Reichstag wird sich dem Vernehmen nach sehr bald mit der lange fälligen Reform der Krankenversicherung zu beschäftigen haben. Bis her hat man sich an diese so notwendige Aufgabe nicht recht herangewagt.

Arbeiter, für die die Lohnarbeit nicht die einzige Existenzquelle ist (also in der Regel die Halbbauern), sind die Aufnahmebedingungen noch wesentlich schwerer.

Genossenschaftliches.

Zum fünfzigjährigen Bestehen der Meißner Zuschusskasse.

Von den vielen Krankenkassen, die in Deutschland vor der Einführung der gesetzlichen Krankenversicherung bestanden, haben sich nicht viele in die Gegenwart hinübergerettet.

Am 10. Juni 1928 und den darauffolgenden Tagen hielt nun die Meißner Zuschusskasse im Gewerkschaftshaus zu München ihre diesjährige Generalversammlung ab.

Bemerkenswert ist, daß die Meißner Kasse immer ihrer Tradition treu geblieben ist und es durch innige Fühlungnahme mit der Gesamtarbeiterbewegung verstanden hat.

Verbandstagsdiskussion.

Einführung der Invalidentunterstützung.

Wenn ich mich mit der Einführung der Invalidentunterstützung beschäftige, so frage ich, ob es der Organisation zum Segen gereicht?

Unsere Organisation stellt sich fast reiflos zusammen aus angeleiteten Arbeitern mit durchweg niedrigen Löhnen.

Nach unseren hier bestehenden Verhältnissen sehe ich die Sache so, daß es sich einmal am Mitgliederwund, zum anderen am Rückgang der Einnahme für unsere Hauptkasse zeigen dürfte.

wir mit ruhigem Gewissen der Zukunft entgegenzehen. Allerdings bedarf es erst der Annahme in Hamburg betr. den Antrag Urabstimmung.

Verbandsnachrichten.

Bewerbungen

zu den 35. bis 46. Bildungsjahren für unsere Verbandsmitglieder.

In Fortsetzung der bisher abgehaltenen Kurse hat der Hauptvorstand beschlossen, im Schulheim in Wennigsen weitere Kurse abzuhalten.

im 2. Halbjahr 1928

- vom 9. September bis 22. September
vom 30. September bis 13. Oktober
vom 21. Oktober bis 3. November

Im ersten Halbjahr 1929

- vom 6. Januar bis 19. Januar
vom 27. Januar bis 9. Februar
vom 17. Februar bis 2. März

Für jeden dieser Kurse sind folgende Vortragskennzeichnungen:

Verwaltung und Kassenwesen, Betriebsrätegesetz und Arbeitsrecht, Arbeitsvertrag nach Gewerbeordnung und Bürgerlichem Gesetzbuch.

Die Kolleginnen und Kollegen werden aufgefordert, selbstgeschriebene Bewerbungen bis zum 15. Juli 1928 bei den zuständigen Jahrestellenverwaltungen einzureichen.

Jeder Bewerber hat anzugeben, welcher Zeitpunkt für seine Kursaufnahme für ihn in Frage kommt.

Die Kursaufnehmer erhalten:

- 1. Die Verbandsanteile 80 Prozent, die Ledigen 40 Prozent ihres Arbeitsverdienstes;
2. Fahrgehalt 3. Klasse vom Wohnort nach Hannover und zurück sowie 8 Mk. für einen ganzen, 4 Mk. für einen halben Reisetag;
3. freies Unterkommen und freie Verpflegung im Schulheim sowie ein tägliches Taschengeld von 1,50 Mk.

Die Kursaufstellungen müssen die Bewerbungen mit einem Organisationsausfüllen entsprechend dem Formularbogen an den Hauptvorstand bis zum 11. August senden.

Die früheren Bewerber, die nicht zum Zuge gekommen sind, müssen eine neue Bewerbung bei ihrer Jahrestelle einreichen.

Die Ausschreibung für das zweite Halbjahr 1929 erfolgt voraussichtlich im Juni 1929.

Zahlstelle Groß-Hamburg.

Wir suchen für unsere Zahlstelle zum 15. Juli 1928 einen Agitationsleiter,

der insbesondere mit den Verhältnissen in der Seifen- und Lack- und Farbenindustrie vertraut ist.

- 1. Lebenslauf und bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung.
2. Wie ist die Agitation am erfolgreichsten in der Branche zu betreiben?
3. Durchführung von Lohnbewegungen in der Branche.

Die Bewerber müssen mindestens 10 Jahre Mitglied in der Branche, politisch und genossenschaftlich organisiert sein.

Die Bewerbungen sind bis zum 1. Juli 1928 an die Adresse der Zahlstelle Hamburg I, Befendendorferhof 57, II., Zimmer 16, mit der Aufschrift "Bewerbung" einzureichen.

Literarisches.

Ratgeber für die Krankenversicherung. Von Arthur Han, Abteilungsleiter bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse für die Stadt Leipzig.

Das sozialistische Jahrbuch, Monatschrift für Religion des Sozialismus und sozialistisch-ethische Kultur.

Wohnungswirtschaft, Hef 9-10. In Westdeutschland hat der gemeinnützige Wohnungsbau schon relativ früh günstigen Boden gefunden.

Soziale Bauwirtschaft, Vierteljährlich 6 Hefte, Bezugspreis 4,50 Mk., für Gewerkschafter 2,50 Mk.

Die eben erschienene Nr. 11 enthält Aufsätze von Dipl.-Ing. Otto Rode, Verbandsrevisor A. Runkel, Dipl.-Ing. Jemlin und Dr. R. W. Schön und viele andere aus der Praxis hervorgegangene Anregungen.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

6,3 Millionen organisierte Arbeitnehmer.

Die letzte amtliche Veröffentlichung über den Organisationsgrad der deutschen Arbeiter und Angestellten bezieht sich auf Ende des Jahres 1926.

Rechnet man die im Jahre 1927 bei den freien Gewerkschaften hinzugegetretenen Mitglieder hinzu, so dürfte die lebende Million schon überschritten sein.

Die monopolistischen Tendenzen in den russischen Gewerkschaften.

(RSD.) Seit nahezu drei Jahren tritt in den russischen Gewerkschaften immer deutlicher das Bestreben zutage, sich von der Massenarbeit abzuscheiden und den Zutritt der neuen Mitglieder einzuschränken.

